Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten sowie unsere Boten und unsere Austrägerinnen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5-gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4-gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teil 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 26. — 88. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 31. Januar 1929

Elsässische Klagen.

Warum sollen wir Deutsche uns nicht den billigen Luxus leisten, mit einiger Schadenfreude zu beobachten, daß nun auch die Franzosen mit dem Elsaß recht erhebliche Schwierigkeiten haben? Mit dieser „erlösten Provinz“ dieselben Schwierigkeiten, die einst Deutschland mit diesen „alemannischen Querköpfen“ hatte, als das Elsaß noch zum Reich gehörte. Zu spät wurde diesem Lande die Autonomie gewährt, von der es jetzt unter französischer Herrschaft weiter denn je entfernt ist.

In der Französischen Deputiertenkammer hat es ja jetzt eine ausgiebige Debatte über die elsässische Frage gegeben. Die paar Autonomisten, die vom Elsaß in die Kammer entsandt wurden, fanden Zustimmung nur bei den — Kommunisten. Alles übrige, gleichgültig, ob rechts oder links, ob reaktionär oder sozialistisch, stellt sich schroff entgegen all diesen Autonomiebestrebungen — im Rahmen Frankreichs, wohlgemerkt —, die Poincaré und die Seinen zwar sehr oft, aber darum nicht minder falsch als „pangermanistisch“, als deutschfreundlich, zu bezeichnen pflegen und mit allen Mitteln der hierin sehr „bewährten“ französischen Verwaltung niederzuzwingen suchen. Aber man kann, selbst in Frankreich, denn doch eine Volksbewegung nicht so leicht mit Knüppeln totschlagen, auch wenn man im Lande selbst an den franzosenfreundlichen Autonomiegegnern — an der Spitze der bekannte Bischof von Straßburg. Ruch, der sogar kirchliche Mittel gegen renitente Geistliche und Gemeinden anwendet — und in den Sozialdemokraten hat, deren Führer der auch in Deutschland be—rühmte Grumbach ist, und die autonomiegegnerisch sind, weil sie im Elsaß die französische Kirchengesetzgebung des seligen Ministerpräsidenten Combes durchgeführt wissen wollen. Bezeichnenderweise hat dem Deputierten Grumbach fast die gesamte Kammer nach seiner Rede gegen den elsässischen Autonomismus eine minutenlange Ovation dargebracht und Poincaré ihm, dem „Oppositionellen“, die Hand geschüttelt.

Aber das hat den einen „Angeklagten“ des Kolmarer Prozesses, jetzt Mitglied der Deputiertenkammer, Dahlet, durchaus nicht daran gehindert, die lange Liste der elsässischen Klagen vorzutragen und das kühne Wort zu wagen, daß nicht die Autonomiebewegung schuld daran sei, wenn in Deutschland „gewisse Hoffnungen erweckt“ seien, sondern das sei lediglich Schuld der französischen Regierungsmethoden im Elsaß, die nur auf Unterdrückung jeder Eigenregung abzielen und jetzt unter Bankrotterklärung der bisherigen Politik in eine Art Diktatur ausarten. Dahlet wagt auch den Hinweis darauf, daß die Elsässer germanischen Ursprungs seien, und verlangt schließlich eine grundsätzliche Änderung in der Haltung der Pariser Zentralregierung und ihrer Beauftragten im Elsaß.

Er wird das vergeblich verlangen. Auf die Beschwerden dieses Elsässers vermag Poincaré — gar nichts vorzubringen. Er behauptet nur immer wieder — das tat er schon früher ein paar Male —, daß hinter der Autonomie„bewegung“ nur ein paar Unzufriedene ständen. Freilich hat man im Elsaß auf seine Straßburger Rede gleichen Inhalts dadurch geantwortet, daß es trotz der Verurteilungen im Kolmarer Prozeß — oder wegen ihrer — die Autonomistenpartei zum Siege brachte. Und dann zählt der Ministerpräsident auf, was alles Elsaß-Lothringen der neuen französischen Regierung verdanke, wie sie Milliarden aufgewendet habe, um die „erlösten Provinzen“ einer wirtschaftlichen Blüte entgegenzuführen wie nie zuvor. Sie geschützt habe vor den Gefahren der — deutschen Inflation. So geht er die ganze Reihe der Industrien durch, vom Eisen und der Kohle — wo sich freilich vor allem die neuen Besitzer der für ein paar hunderttausend Mark enteigneten ehemals deutschen Riesenbetriebe mehr als „gesund“ gemacht haben — bis zur Schokoladefabrikation, vom Kali bis zur Bierbrauerei — bisweilen sogar auf Kosten anderer französischer Gebiete.

Das heißt mit dem Zuckerbrot locken, aber auch zugleich mit der Peitsche drohen; denn die Regierung — das ist zwischen den Worten deutlich sichtbar — könnte ja auch anders verfahren, wenn die Elsässer „querköpfig“ bleiben und sich nicht in die französische Staatsuniform stecken lassen wollen. Aber, so tröstet Poincaré sich und die anderen, es handele sich ja immer nur im Elsaß „um eine kleine Anzahl von Agitatoren, die die öffentliche Meinung zu verwirren drohen“. Also an die Amnestie, die Dahlet verlangte, scheint man in Paris nicht zu denken, obwohl doch die Nachwahlen für Ricklin und Rossé, die man aus der Französischen Deputiertenkammer hinauswarf, deutlich genug bewiesen haben, daß die Autonomiebewegung denn doch etwas ganz anderes und Größeres ist, als der französische Ministerpräsident sie malt.

Wir Deutsche wissen, daß sie nichts zu tun hat mit irgendwelchen Plänen einer Abtrennung des Elsasses von Frankreich oder einer Rückkehr zum Reich; wir haben darin eingewilligt, an einen gewaltsamen Versuch, es wiederzugewinnen, nicht zu denken. Aber man wird uns die Gefühle nicht verbieten können, die jeden Deutschen erfüllen, wenn er den Turm des Straßburger Münsters sich hoch über die Rheinebene emporrecken sieht.

Der gescheiterte Militärputsch in Spanien

Primo de Riveras Sieg.

Ruhe wiederhergestellt.

Abermals ist es in Spanien zu einer anscheinend ausgedehnten Bewegung des Militärs gegen die Diktatur Primo di Riveras gekommen, die aber auch diesmal schon in der Entwicklung erstickt wurde. Der Mittelpunkt der Bewegung war Ciudad Real, die Hauptstadt der gleichnamigen Provinz; Ciudad Real liegt einige hundert Kilometer entfernt von Madrid. Dort meuterte in der Nacht das 1. Leichte Artillerieregiment. Wie Primo de Rivera bekanntgab, erschienen alsbald Regierungsflugzeuge über der Stadt und warfen Proklamationen ab. Unter ihrem Eindruck und infolge der Vorstellungen, die ein von Madrid eingetroffener Generalstabshauptmann erhob, beschloß der Oberst des meuternden Artillerieregiments, den Widerstand aufzugeben. Er führte seine Leute mit ihren Geschützen in die Kaserne zurück. Die unterbrochenen Verbindungen wurden wiederhergestellt. Regierungstruppen sind eingerückt. Damit ist der Versuch, die Diktatur zu stürzen, gescheitert.

Von der Regierung wird noch mitgeteilt, das törichte Unternehmen werde schmerzhafte und betrübliche Folgen für die von einigen Hetzern verführten Beteiligten haben. Primo de Rivera habe gemeinsam mit dem Finanzminister, dem Gouverneur der Bank von Spanien und dem Vorsitzenden der Börse über ein etwaiges Eingreifen auf dem Devisenmarkte beraten, falls sich im Gefolge der Ereignisse ein solches als notwendig erweisen sollte. Der Aufstand sollte nach dem Plan alle Garnisonen ergreifen, blieb aber auf Ciudad Real beschränkt.

Die Ursachen des Aufstandes.

Zwischen der Diktaturregierung und dem Offizierkorps bestehen seit langer Zeit starke Spannungen. Diesmal soll es sich um Rückwirkung der Maßnahmen gehandelt haben, die nach den kürzlichen meuterischen Vorgängen in der Artillerieschule von Segovia getroffen worden sind, ebenso hat ein Dekret über das Avancement in der Marine in verschiedenen Flottenstationen tiefgehende Unzufriedenheit ausgelöst. Die früher bevorzugten Stände in der Armee werden in den neuen Beförderungsvorschriften mit allen anderen Klassen gleichgestellt. In Bilbao verließ das Infanterieregiment die Kaserne in der Absicht, die Bewegung zu unterstützen, kehrte aber bald wieder in die Kaserne zurück.

Neue polnische Vorwürfe gegen Deutschland in der Handelsvertragsfrage.

Warschau, 30. Januar. Die hiesige Presse erklärte, die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sei erneut ungewiß, da die letzte deutsche Antwort die polnische Seite nicht befriedigt habe. „ABC.“ führt u. a. aus: Die Deutschen hätten sich geweigert, auf den polnischen Vorschlag einzugehen, den deutsch-polnischen Warenaustausch auf die Grundlage des freien Handels zu stellen. Diese Haltung sei darauf zurückzuführen, daß die Deutschen sich fürchteten, die polnischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse und polnischen Kohlen auf dem freien Markt zuzulassen. Die hauptsächlichsten polnischen Ausfuhrwaren müßten daher einer strengen Kontingentierung unterliegen. Zu diesem Zweck würden in Deutschland bereits Einkaufszentralen mit Monopolcharakter, vermutlich nach sowjet-russischem Vorbild, geschaffen. Augenscheinlich bedeutet dies, daß die Deutschen beim Ankauf polnischer Waren auf diktatorischem Wege außerordentlich niedrige Preise vorschreiben wollten. Trotz aller polnischen Anstrengungen werde es vermutlich nicht gelingen, diese Entwicklung der Angelegenheit in Deutschland zu verhindern. Darum sei es nur recht und billig, daß in polnischen Wirtschaftskreisen der Gedanke entstanden sei, als Antwort auf die deutschen Maßnahmen ebenfalls eine Zentralhandelsstelle zu schaffen, die allein dazu berechtigt sein müsse, die gesamte deutsche Wareneinfuhr abzunehmen.

Die Koalitionsverhandlungen.

Von Guerard beim Reichskanzler.

Berlin, 30. Januar. Im Verlaufe der Koalitionsverhandlungen hatte der Reichsverkehrsminister von Guerard am Mittwoch nachmittag eine Unterredung mit dem Reichskanzler Müller. Minister von Guerard hat in dieser Unterredung nochmals mit Nachdruck die Forderungen des Zentrums vertreten, die auf eine sofortige Umbildung der Reichsregierung bei entsprechender Berücksichtigung des Zentrums hinauslaufen. Reichskanzler Müller hat diese Forderungen grundsätzlich als berechtigt anerkannt, aber gebeten, vorerst die Erfüllung dieser Forderungen zurückzustellen, bis er den Versuch gemacht habe, entsprechend den Wünschen der Deutschen Volkspartei eine gleichzeitige Umbildung der Regierung in Preußen zu erreichen.

Frankreich will auf Kamerun verzichten?

Paris, 31. Januar. In französischen diplomatischen Kreisen erklärt man, nichts von dem Plan der englischen Regierung zu wissen, aus dem früheren Deutsch-Ostafrika und dem Tanganjika-Gebiet ein neues Dominion zu bilden. Trotzdem betont man hier, eine derartige Aenderung des Statuts eines unter Mandat stehenden Landes sei nur mit Zustimmung des Völkerbundsrates möglich. Die französische Regierung dürfte übrigens gegen eine Aenderung des Statuts wahrscheinlich keinen Einspruch erheben. In hiesigen diplomatischen Kreisen erklärt man im allgemeinen, die französische Regierung würde sich einer Nachprüfung der Kolonialmandate, soweit es die früheren deutschen Kolonien anlange, nicht widersetzen und würde selbst unter gewissen Bedingungen bereit sein, auf das Mandat auf Kamerun zu verzichten.

Deutsch-amerikanische Kulturarbeit.

Die Einweihung des Newyorker Deutschen Hauses.

Bei der Einweihung des Deutschen Hauses der Kolumbia-Universität betonte der Rektor der Universität, Professor Butler, die stetig erstarkenden kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika und erklärte, die Kolumbia-Universität habe schon frühzeitig eine deutsche Abteilung gehabt, die sich großer Blüte erfreute. Unter Hinweis auf seine Berliner Studienjahre in den achtziger Jahren erklärte Professor Butler, wenn das Deutsche Haus amerikanischen Studenten nur den zehnten Teil dessen bieten könne, was ihm und anderen Amerikanern an der Berliner Universität geboten wurde, dann würden sich die Stifter des Deutschen Hauses reichlich belohnt fühlen.

Der deutsche Botschafter von Prittwitz,

der als Ehrengast an der Feier teilnahm, verlas ein Glückwunschtelegramm des Reichsaußenministers Dr. Stresemann und sprach dann seine herzliche Freude über die Schaffung dieses Instituts aus, das nicht nur zur Belebung der wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland beitragen, sondern auch durch die Bereitstellung einer so hervorragenden Möglichkeit für den Gedankenaustausch die Bande der Freundschaft zwischen den beiden Völkern von Jahr zu Jahr stärken werde.

Das Deutsche Haus dient ausschließlich kulturellen Zwecken; erste Aufgabe der neuen Institution wird es sein, deutsche Besuchsgäste mit den einschlägigen Fragen des amerikanischen Hochschulwesens vertraut zu machen. Umgekehrt sollen auch Amerikaner, die nach Deutschland reisen, mit praktischen Ratschlägen sowie den nötigen Empfehlungsbriefen versehen werden.

Das Haltesignal überfahren.

Vier Tote, sieben Verletzte.

Der von Passau kommende D-Zug stieß in der Stadt Sünching der Strecke Plattling—Regensburg auf einen Güterzug auf. Der dem Packwagen folgende D-Zug-Wagen dritter Klasse wurde teilweise zerdrückt. Zu beklagen sind vier Tote und sieben Leichtverletzte.

Die Verletzten sind im Krankenhaus Sünching untergebracht. Das Unglück entstand dadurch, daß der D-Zug das Haltesignal überfuhr und infolgedessen auf den Güterzug, der gerade in Sünching einfuhr, aufstieß.

Der Reichsverkehrsminister hat aus Anlaß des Eisenbahnunfalls alsbald einen Vertreter an die Unglücksstelle entsandt.

Verhütetes Eisenbahnunglück.

Der letzte Personenwagen eines Zuges Ruhpolding—Traunstein entgleiste während voller Fahrt. Da jedoch die Notbremse in dem Wagen versagte, entschloß sich der 17-jährige Anton Plenk aus Ruhpolding, auf den vorderen Wagen zu klettern, um dort die Notbremse zu ziehen. Der Zug wurde zum Stehen gebracht und damit größeres Unglück verhütet.

*

1,2 Milliarden Signale zu beachten.

Von der Reichsbahndirektion werden zu dem Unglück folgende Angaben gemacht: 600 Millionen Zugkilometer werden im Jahre von den deutschen Eisenbahnen gefahren. Auf alle 575 Meter kommt ein Signal; es sind also im ganzen Deutschen Reich 1,2 Milliarden Signale zu beobachten. In einem Jahre werden durchschnittlich 20 Fehler

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF